

Pressemitteilung  
Nr. 031/2022  
Kiel, 11.03.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **SSW fordert Sofortmaßnahmen für bezahlbares Wohnen**

*Der SSW hat die Landesregierung aufgefordert zügig ein Maßnahmenpaket für bezahlbaren Wohnraum auf den Weg zu bringen.*

Die Mietkosten seien zuletzt überdurchschnittlich stark angestiegen und von Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen kaum noch zu tragen, erklärte der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms, heute in Kiel: "Die massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten für Heizstoffe, Kraftstoffe und Lebensmittel nehmen den Menschen schon jetzt die Luft zum Atmen. Eine weitere Mieterhöhung könnte viele Menschen direkt in die Armut treiben", warnte Harms.

Jamaika dürfe nicht untätig zusehen, wie Menschen ihr Dach über dem Kopf verlieren.

"Deshalb muss die Landesregierung jetzt zügig Sofortmaßnahmen auf den Weg bringen, damit Wohnen im Norden bezahlbar bleibt."

In seinem Antrag (Drucksache 19/3712) fordert der SSW-Politiker vier konkrete Sofortmaßnahmen:

- Einführung einer Mietpreisbremse bei Neu- oder Wiedervermietung
- Einführung einer Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen
- Einführung eines Wohnraumschutzgesetzes
- Ermöglichung der Einführung einer Fehlbelegungsabgabe.

Er forderte die Landesregierung zudem erneut auf, mehr Engagement für

den Neubau von Wohnungen zu zeigen.

"Minister Buchholz hat ja völlig recht, wenn er sagt, die beste Antwort auf Wohnungsnot und Mietwucher sei bauen, bauen bauen. Das Problem ist nur: Jamaika baut, baut und baut nicht", kritisierte Lars Harms.

Die Landesregierung habe es versäumt, neuen Wohnraum im geplanten Umfang zu schaffen. Mit der Abschaffung der Mietpreisbremse zum Anfang der Legislaturperiode habe sie das Problem eher noch verschärft. Deshalb müssten jetzt schnelle Lösungen her, um die Not der Menschen zu lindern, so der SSW-Politiker.